



Gas-Lieferstopp kostet bis zu 130.000 Jobs

Die Presse/Gesamt | Seite 17 | 23. Juni 2022
Auflage: 55.448 | Reichweite: 291.000
Artikel gleichlautend erschienen in allen Ausgaben.
Initiative Wirtschaftsstandort Oberösterreich

Gas-Lieferstopp kostet bis zu 130.000 Jobs

Konjunktur. Ökonom Friedrich Schneider rechnet im Falle eines Ausfalls russischer Gaslieferung mit bis zu 130.000 zusätzlichen Arbeitslosen.

Wien. „Ich hatte gedacht, Russland wäre sehr vorsichtig damit, seine langjährigen Kunden zu verärgern, aber anscheinend ist das nicht der Fall“, sagte Frank van Doorn von Vattenfall Energy Trading in einem Interview mit Bloomberg. „Seine Reputation als zuverlässiger Lieferant ist für immer komplett dahin“, ergänzte er. Bekanntlich fließt seit Tagen weniger russisches Gas nach Europa. Europa bezieht ein Drittel seines Gases von der staatlich kontrollierten Gazprom, Österreich sogar 80 Prozent.

Ein Gasembargo oder -Lieferstopp könnte allein in Oberösterreich zwischen gut 31.000 und 56.000 Menschen den Job kosten und das BIP um 3,4 bis 6,6 Prozent drücken. Das hat der Volkswirtschaftler Friedrich Schneider im Auftrag der Initiative Wirtschafts-

standort OÖ (IWS) errechnet. Umgelegt auf ganz Österreich kommt er in einer „Groschätzung“ auf einen BIP-Rückgang von sechs Prozent und 130.000 zusätzliche Arbeitslose, EU-weit auf 1 bis 2 Prozent BIP-Rückgang und 1,5 Millionen verlorene Jobs.

Annahme: Kein Gas ab Juli

Es sei seine „mit Abstand schwierigste Studie in 40 Jahren gewesen“, schickte Schneider bei der Präsentation am Mittwoch voraus, es gebe viele Unwägbarkeiten. Die Annahme des Volkswirtschaftlers: Es fließt mit Anfang Juli kein Gas aus Russland mehr, und von den bisher aus Gas gewonnenen 21,51 TWh fallen damit 15,71 TWh weg. Angelehnt an eine deutsche Studie nimmt er an, dass die erdgasintensive Industrie in rund

einem Fünftel ihrer Produktionsprozesse Erdgas durch alternative Energieträger ersetzen kann.

Darauf aufbauend hat Schneider eine optimistische und eine pessimistische Variante für die auf den Gasstopp folgenden zwölf Monate berechnet. Welches Szenario wahrscheinlicher ist, sei derzeit nicht abschätzbar, meinte er. Ob es sich um ein Embargo der EU oder einen Lieferstopp vonseiten Russlands handelt, würde bei den Auswirkungen keinen Unterschied machen.

In seiner „pessimistischen Variante“ nimmt Schneider an, dass maximal ein Zehntel des Ausfalls durch Speichervorräte substituiert und kaum Gas aus dem Ausland zugekauft werden kann sowie dass die privaten Haushalte keine Einsparungen vornehmen. (APA)